

11.09.2018

Antrag

der Fraktion der SPD

Fit für eine starke EU mit starken Finanzen

I. Ausgangslage

Für Nordrhein-Westfalen sind die Fördermittel aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) essenziell. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Entwicklung des Landes. Besonders hervorzuheben sind dabei die Fördermittel aus dem Europäischen Regionalfonds (ERDF), aus dem NRW 1,2 Milliarden Euro in der aktuellen Förderperiode erhält, dem Europäischen Sozialfonds (ESF), von dem NRW mit 627 Millionen Euro profitiert und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER), aus dem 618 Millionen Euro für NRW zur Verfügung stehen. Insgesamt erhält das Land Nordrhein-Westfalen 2,4 Milliarden Euro EU-Regionalfördermittel in der aktuellen Förderperiode von 2014 bis 2020. Weitere Zahlungen ergeben sich aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL). In Deutschland stehen im Zeitraum 2014 bis 2020 rund 5 Milliarden Euro jährlich für Direktzahlungen aus dem EGFL für die Landwirtschaft zur Verfügung. Davon entfallen auf NRW rund 470 Millionen Euro jährlich oder rund 3,3 Milliarden für die gesamte Förderperiode. Auch darüber hinaus profitiert das Land von Mitteln zum Beispiel aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG), aus dem aktuellen Forschungsrahmenprogramm der EU (Horizon 2020), der Faszilität Connecting Europe oder Erasmus+.

Angesichts der drohenden Änderungen auf der Einkommens- wie auch auf der Ausgabenseite im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ist europaweit eine Debatte über die zukünftige Ausgestaltung der EU-Strukturförderungen in vollem Gange. Dabei ist offensichtlich, dass die Europäische Union (EU) wachsende Aufgaben (beispielsweise in der Verteidigungspolitik) nur mit einer erhöhten Eigenmittelausstattung zufriedenstellend wahrnehmen kann. Gleichzeitig werden laut Kommission mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritanniens und Nordirlands aus der EU (kurz: Brexit) voraussichtlich Beitragszahlungen in der Höhe von 12-14 Milliarden Euro fehlen.

Am 2. Mai 2018 hat EU Haushaltskommissar Oettinger vorgeschlagen, für den EU Haushalt von 2021 bis Ende 2027 gut 1135 Milliarden Euro (in Preisen von 2018) einzuplanen. Zum Vergleich: Der aktuelle Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 sieht 1087 Milliarden Euro vor (in Preisen von 2018). Mehr EU-Geld soll für den Schutz der europäischen Außengrenzen

Datum des Originals: 11.09.2018/Ausgegeben: 11.09.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

sowie für Verteidigung, Forschung und Jugend (zum Beispiel die Ausweitung von Erasmus+) zur Verfügung stehen. Insgesamt sind im neuen EU-Haushalt Mehrausgaben in Höhe von 8 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr eingeplant. Fast alle anderen EU-Programme sollen hingegen gekürzt werden. Bei den zwei größten Ausgabenposten der EU, der Agrarpolitik und der Kohäsionspolitik, werden im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) effektive Kürzungen im Vergleich zu 2020 vorgeschlagen. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) soll mit 5 Prozent weniger Mittel auskommen. Die Direkthilfen für Landwirte sollen dabei um 4 Prozent sinken. Dies ist weniger, als zwischenzeitlich diskutiert worden war. In der Kohäsionspolitik ist ein Rückgang um 7 Prozent vorgesehen. Nach Berechnungen des Europäischen Parlaments fallen die Kürzungen deutlich größer aus. Die Parlamentsverwaltung berechnet die Kürzung real auf 16 Prozent bei der GAP und auf 10 Prozent bei der Kohäsion.

II. Der Landtag stellt fest:

- Aktuell sehen die Legislativvorschläge Kürzungen in der Kohäsionspolitik und somit für die Regionalpolitik in NRW vor.
 - Deutschland muss mit Kürzungen von 21 Prozent in den Förderungen für Wachstum und Beschäftigungen rechnen.
 - Nordrhein-Westfalen wird Berechnungen nach als stärker entwickelte Region mindestens 250 Millionen Euro Investitionsmittel (also 14 Prozent der EFRE und ESF) verlieren.
 - Auch der Kofinanzierungsbeitrag sinkt von 50 auf 40 Prozent. Der national zu erbringende Anteil steigt demnach auf 60 Prozent. Das Aus für heute noch finanzierbare Vorhaben ist damit vorprogrammiert und Mehrbelastungen steigen.
- Die von der EU-Kommission vorgelegten Legislativvorschläge für die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bleiben hinter den Erwartungen zurück. Die zweite Säule (Entwicklung des ländlichen Raums) wird nicht gestärkt, das Instrument der Direktzahlungen bleibt bestehen, ohne dass dem Prinzip öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen gefolgt wird. Die Landwirtschaft erhält so keine Unterstützung und keinen Anreiz, einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten.
- Die Kommission schlägt vor, im nächsten Finanzrahmen auf dem Wege der direkten Mittelverwaltung deutlich mehr in Forschung, Innovation und Digitales zu investieren. Ergänzt werden sollen diese Investitionen durch Forschungs-, Innovations- und Digitalisierungsprojekte, die im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds gefördert werden. Der Landtag unterstützt diesen Weg.

III. Der Landtag beschließt:

- Die Höhe der Fördermittel für Nordrhein-Westfalen nach soll auch nach 2020 auf dem aktuellen Niveau bleiben. Hierfür muss sich die nordrhein-westfälische Landesregierung auf allen Ebenen einsetzen.
- Nordrhein-Westfalen muss auch nach 2020 von der EU-Förderung profitieren. Vor diesem Hintergrund muss die Bundesregierung ihre jährlichen Beiträge zum EU-Budget erhöhen und für neue EU-Eigenmittel offen sein. Die vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Erhöhung des Gesamtvolumens des nächsten MFR von aktuell 1 Prozent auf 1,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens ist dabei als erster guter Schritt zu sehen.

- Die EU benötigt aber auch echte Eigenmittel. Zu allererst steht die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Diese lässt bereits zu lange auf sich warten und muss alsbald vorangetrieben werden. Der Landtag unterstützt aber auch eine faire europäische Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle in Form einer „Digitalsteuer“ sowie die Überlegung einer „Plastikmüllabgabe“.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Michael Hübner
Rüdiger Weiß

und Fraktion